

10. JANUAR 2018

## **Für mehr Vereinbarkeit von Beruf und Leben**



Die IG Metall-Tarifrunde nimmt Fahrt auf. Die Forderungen der IG Metall sind dabei nach unserer Meinung mehr als berechtigt.

Mit 6% mehr Entgelt und Ausbildungsvergütung würden die Beschäftigten an der guten Wirtschaftslage und der gestiegenen Produktivität angemessen beteiligt. Durch gute Tarifergebnisse konnte die IG Metall in den vergangenen Jahrzehnten einen echten Reallohn-Zuwachs für die Tarifbeschäftigten erreichen. Insgesamt hat der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen (Lohnquote) aber seit den 90er Jahren stark abgenommen. Das liegt vor allem

darin, dass viele Beschäftigte in den prekären Niedriglohn-Sektor abgedrängt wurden, wo heute real weniger verdient wird als vor 20 Jahren. Auch in der Metall- und Elektroindustrie wird der Anteil prekärer Beschäftigung mit Outsourcing, Werkverträgen und Leiharbeit immer größer.

DIE LINKE setzt sich im Bundestag und in der Öffentlichkeit seit vielen Jahren für die bessere Regulierung von Werkverträgen, mehr Mitbestimmung von Betriebsräten bei Outsourcing und das Verbot von Leiharbeit ein. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – dieses Ziel kann nur durch starke Gewerkschaften und bessere politische Rahmenbedingungen erreicht werden.

Mit der Forderung nach einer Wahloption auf Reduzierung der Arbeitszeit bis auf 28 Stunden mit teilweise Entgeltausgleich für bestimmte Beschäftigtengruppen wird erstmals seit vielen Jahren die Arbeitszeit wieder zum Tarifthema. Die große positive Resonanz in der Öffentlichkeit zeigt, dass diese Forderung ins Schwarze trifft.

Es geht um mehr Vereinbarkeit von Beruf und Leben, um Arbeitszeit-Flexibilität im Interesse der Beschäftigten statt zur Erhöhung der Rendite und um Gesundheitsschutz. Schichtarbeit und Doppelbelastung mit familiären Pflichten und langen Arbeitszeiten machen krank.

Die Unternehmer und ihre Handlanger in der Politik versuchen, die 10-Stunden-Höchstgrenze für die tägliche Arbeitszeit und die 11-stündige Ruhezeit aus dem Arbeitszeitgesetz zu streichen. DIE LINKE leistet dagegen konsequent Widerstand. Die Beschäftigten müssen mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeit und Arbeitszeiten haben und zwar gesetzlich verankert. Wir wollen ein Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung: Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit muss durch ein Rückkehrrecht zu der vorherigen vertraglichen Arbeitszeit ergänzt werden.

DIE LINKE fordert außerdem einen Rechtsanspruch auf eine Mindestarbeitszeit, denn viele Beschäftigte leiden unter der zu geringen Arbeitszeit in Mini- und Midijobs und in Teilzeit. Als Zukunftsperspektive brauchen wir eine gesellschaftliche Diskussion über eine neue Normalarbeitszeit, die sich um die 30-Stunden-Woche drehen muss. Nur so können die Produktivitäts-Fortschritte aus der Digitalisierung auch den Arbeitnehmern zu Gute kommen und die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt werden.

Diese Tarifrunde wird kein Spaziergang – das zeigt die unnachgiebige Haltung der Arbeitgeber bei den bisherigen Verhandlungsterminen. DIE LINKE steht dabei zuverlässig an der Seite der Arbeitnehmer und wird sich auch weiterhin als einzige politische Kraft ohne Wenn und Aber für mehr Rechte von Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften stark machen.

---

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.DIE-LINKE-TRAUNSTEIN.DE/POLITIK/AKTUELLES/DETAIL/ARTIKEL/FUER-MEHR-VEREINBARKEIT-VON-BERUF-UND-LEBEN/](http://www.die-linke-traunstein.de/politik/aktuelles/detail/artikel/fuer-mehr-vereinbarkeit-von-beruf-und-leben/)